

V2 Für eine Beitrags- und Kassenordnung, die politische Teilhabe für Alle ermöglicht

Antragsteller*in: Leonie Tonsen (KV Düsseldorf)

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

1. Der Vorstand erarbeitet einen Vorschlag für die Ermäßigung des Mitgliedsbeitrags, der gewährleistet, dass armutsbetroffene Personen nicht von einer Mitgliedschaft ausgeschlossen werden oder sich zwischen ihr und Unterschreitung des sozio-kulturellen Existenzminimums entscheiden müssen.
2. Wenn befürchtet wird, dass der KV sich (die Senkung auf) einen an der Lebensrealität der Betroffenen bemessenen Mindestbeitrag nicht leisten kann, lässt der Vorstand sich vorab extern darüber beraten, ob und wie die entsprechenden Summen durch Veränderung von Einnahmen und Ausgaben an anderer Stelle generiert werden können.
3. Für eine realistische Bemessung und stigmatisierungsarme Diskussionen werden externe Expert*innen zu Rat gezogen, die über das Ausmaß von Armut in unserer Gesellschaft (auch in Düsseldorf) und ihre Bedeutung für demokratische Teilhabe und die Betroffenen im Alltag informieren können.
4. Vor der Abstimmung über die neue Beitrags- und Kassenordnung findet ein Mitgliederabend statt, auf dem geeignete externe Referent*innen den später entscheidenden Mitgliedern einen Einblick in diese (s. 3.) geben und die Möglichkeit für Fragen und Austausch besteht, ohne dass betroffene Mitglieder aus persönlicher Erfahrung argumentieren müssen.
5. Bei der Vorstellung seines Vorschlags auf einer Mitgliederversammlung erklärt der Vorstand das Zustandekommen der gewählten Beträge. Sollten diese höher als bei politischen Mitbewerberinnen sein, wird erläutert, weshalb ähnlich sozialverträgliche Sonderregelungen für Armutsbetroffene in unserer Partei ihrer Auffassung nach nicht realisierbar sind.
6. Der bisher erarbeitete Entwurf der neuen Beitrags- und Kassenordnung und die zugrundeliegenden Budget-Erwägungen werden vor Abstimmungen über einzelne Bestandteile im Ganzen vorgestellt, da die Angemessenheit oder Notwendigkeit einzelner Regelungen nicht beurteilt werden können, wenn unbekannt ist, welche Spielräume oder Zwänge an anderen Stellen existieren oder angenommen wurden.

Begründung

Sozialer Ungleichheit wird in Deutschland aktuell ein Höchststand attestiert. Die Erkenntnis, dass Armut politische Teilhabe stark einschränkt (und das über die unmittelbar Betroffenen hinausgehend auch ein ernstes Problem für Demokratie und Gesellschaft ist), ist in der Fachwelt nicht neu.

Im gesellschaftlichen Alltag ist Armut jedoch weiterhin stigmatisiert und in großen Teilen unsichtbar. Politische Debatten und Medien zeichnen oft Zerrbilder, Betroffene verstecken sie nach Kräften und können aus verschiedenen Gründen nicht offen über ihre Lebensrealitäten reden, ohne weitere

Nachteile befürchten zu müssen. Es ist leicht zu übersehen, dass wir auch in Düsseldorf über 18-20% der hier lebenden Menschen reden.

Wenn wir demnächst über eine neue Beitrags- und Kassenordnung und die Höhe unserer Mitgliedsbeiträge entscheiden, haben wir eine große Verantwortung:

Die regelmäßige Zahlung des Mitgliedsbeitrags ist Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Partei, die wiederum Bedingung ist für das Recht, Anträge zu stellen und über sie abzustimmen, Personen in Parteiämter zu wählen oder als Kandidierende in allen Wahlen aufzustellen.

Wir werden Fakten schaffen, die entscheiden, wer sich politische Teilhabe (in unserem Kreis) leisten oder schlicht nicht leisten kann, und wie drastisch sich unsere armutsbetroffenen Mitglieder im sonstigen Leben einschränken müssen, wenn sie sie nicht aufgeben wollen.

Mit den folgenden Maßnahmen wollen wir verhindern, dass ausgerechnet unsere Partei mit festen Überzeugungen zum Wert inklusiver Gesellschaft und starker Demokratie im eigenen Handlungsbereich vorschnell Entscheidungen trifft, die das Problem ungewollt zementieren oder gar verschärfen:

Unterstützer*innen

Finn Zimmermann (KV Düsseldorf)